

Schule als Standortfaktor – die Schulversorgung

Detlef Fickermann, Ursula Schulzeck und Horst Weishaupt



In den 1960er Jahren bestanden in Westdeutschland noch große Unterschiede im Bildungsangebot zwischen Stadt und Land. Im ländlichen Raum herrschte die Volksschule mit jahrgangsübergreifenden Klassen vor. Während auf dem Gebiet der späteren DDR die Konzentration des ländlichen Schulwesens bereits von der sowjetischen Militärbehörde eingeleitet wurde und Mitte der 1950er Jahre abgeschlossen war, hatten in Westdeutschland noch 1957 mehr als die Hälfte aller Volksschulen nur eine oder zwei Klassen. Erst in den zehn Jahren nach 1962 wurde auch hier das ländliche Volksschulangebot in ein nach Jahrgangsklassen gegliedertes System von **Grund-** und **Hauptschulen** überführt (vgl. FICKERMANN/ WEISHAUPT/ ZEDLER 1998).

In der DDR war die Landschulreform mit dem Aufbau eines Einheitsschulsystems bis zur 8., später sogar bis zur 10. Klasse verbunden. Über eine einheitliche Organisation des Schulwesens in Stadt und Land sollten gleiche Bildungschancen für alle Kinder erreicht werden.

In Westdeutschland wurden die Nachteile der wenig gegliederten Volksschulen bis Mitte der 1960er Jahre durch das Fehlen von **Realschulen** und **Gymnasien** im ländlichen Raum verstärkt. Standortuntersuchungen (vgl. GEIPEL 1965) machten den bis heute nachweisbaren Zusammenhang zwischen Schulangebot und Schulbesuchsquoten bewusst. In Schulstandortgemeinden weiterführender Schulen ist die Besuchsquote in der Regel deutlich höher als in den umliegenden Gemeinden (**Beitrag Fickermann/Schulzeck/Weishaupt, S. 40**). Über den Ausbau des weiterführenden Schulangebots im ländlichen Raum während der Phase steigender Schülerzahlen in Westdeutschland ab etwa 1960 bis Mitte der 1970er Jahre wurde die Erreichbarkeit von zum Realschulabschluss und Abitur führenden Schulangeboten deutlich verbessert. Im Zeitraum zwischen 1958 und 1978 erhöhte sich die Zahl der Realschulen um 1420, die der Gymnasien um 643. Die durchschnittliche Größe der Einzugsbereiche betrug durch die zusätzlichen Standorte etwa 100 Quadratkilometer bei beiden Schularten **1**. Außerdem wurden mehr als 200 **Gesamtschulen** gegründet (vgl. WEISHAUPT u.a. 1988, S. 250-251). Trotz des Schülerrückgangs in den 1980er Jahren wurde dieses Standortnetz sogar punktuell weiter ausgebaut. Im Schuljahr 1998/99 betrug die durchschnittliche Einzugsbereichsgröße einer Realschule in Westdeutschland einschließlich Berlin 91 km², die eines Gymnasiums 99 km².

In Ostdeutschland ist die Standorthäufigkeit der Grundschulen und Gym-

nasien, bedingt durch die geringere Siedlungsdichte, deutlich niedriger als in Westdeutschland. Daher liegt bei den Grundschulen die durchschnittliche Zahl der Schüler je Schule unter den Werten für Westdeutschland. Anders ist die Situation bei den Realschulen, die durch die Kombination mit der Hauptschule – trotz der niedrigen Siedlungsdichte – in den neuen Ländern häufiger angeboten werden.

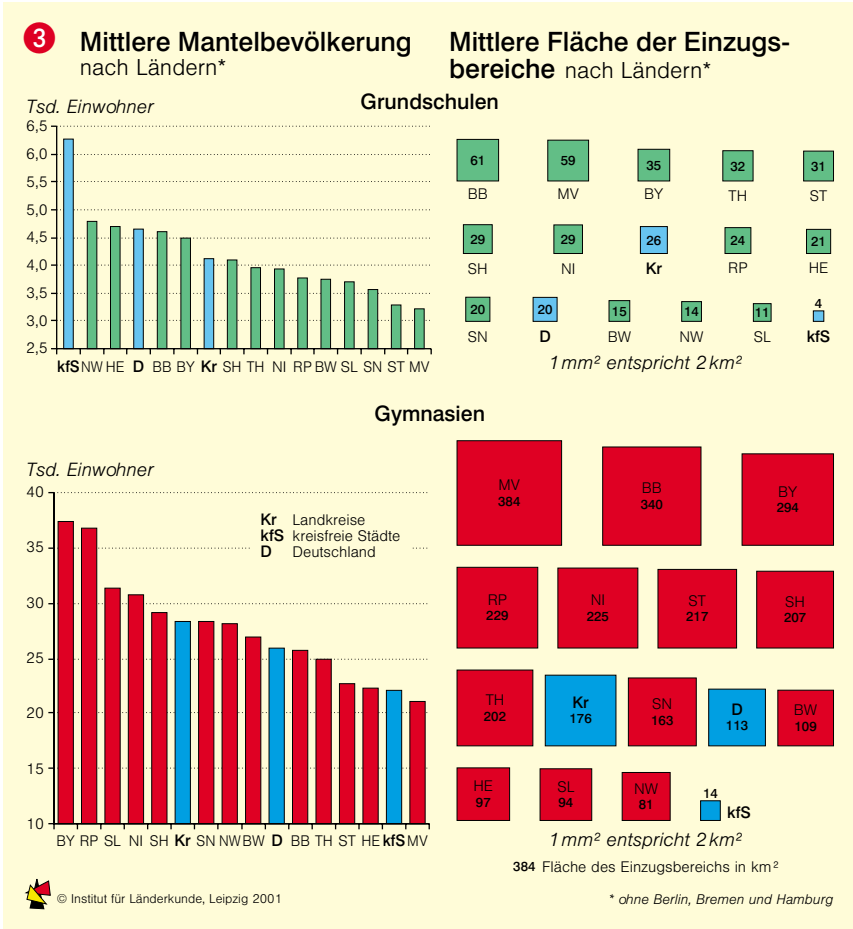
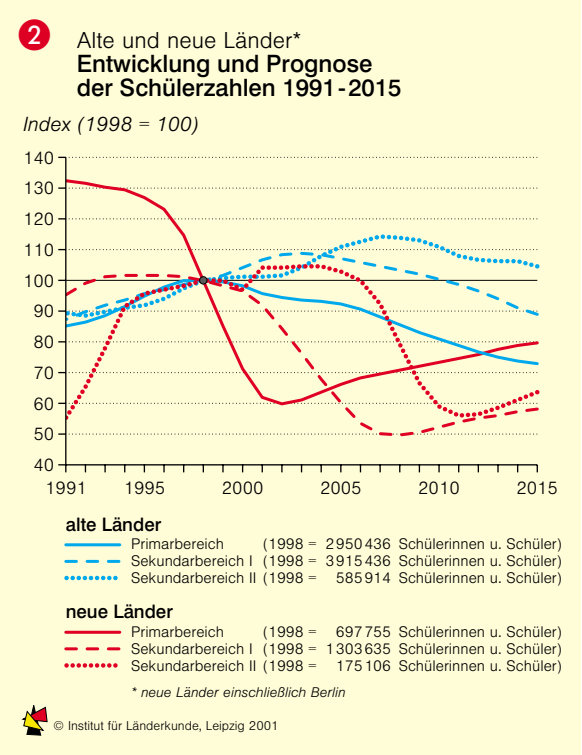
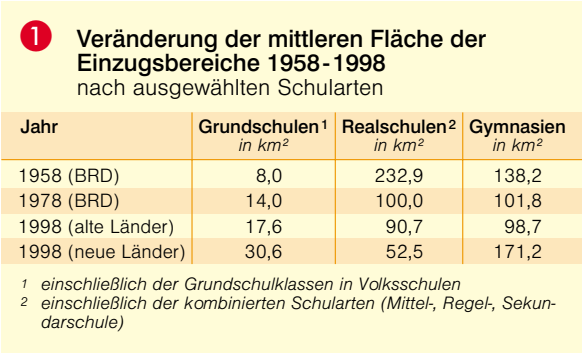
Die Zahl und die regionale Verteilung von Schulstandorten ist von der Entwicklung der Zahl der Kinder und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter, der geographischen Verteilung ihrer Wohnorte, der Wahl des weiterführenden Schulangebotes nach der Primarstufe und von schulentwicklungsplanerischen Vorgaben wie zum Beispiel der minimalen Schul- oder der maximalen Klassengröße abhängig. Karte **4** zeigt für Gymnasien die durchschnittliche Größe der Mantelbevölkerungen und der Einzugsbereiche auf Kreisebene. Auch die Durchschnittswerte für die Länder, aggregiert nach Kreisen, weisen deutliche Unterschiede auf **3**.

Zwischen der durchschnittlichen Größe des Einzugsbereichs eines Gym-

nasiums und der Gymnasialbeteiligung der Siebtklässler besteht auf Landkreisebene ein statistischer Zusammenhang: Je größer der Einzugsbereich eines Gymnasiums, desto schlechter ist die durchschnittliche Erreichbarkeit und desto niedriger ist die durchschnittliche Gymnasialbeteiligung.

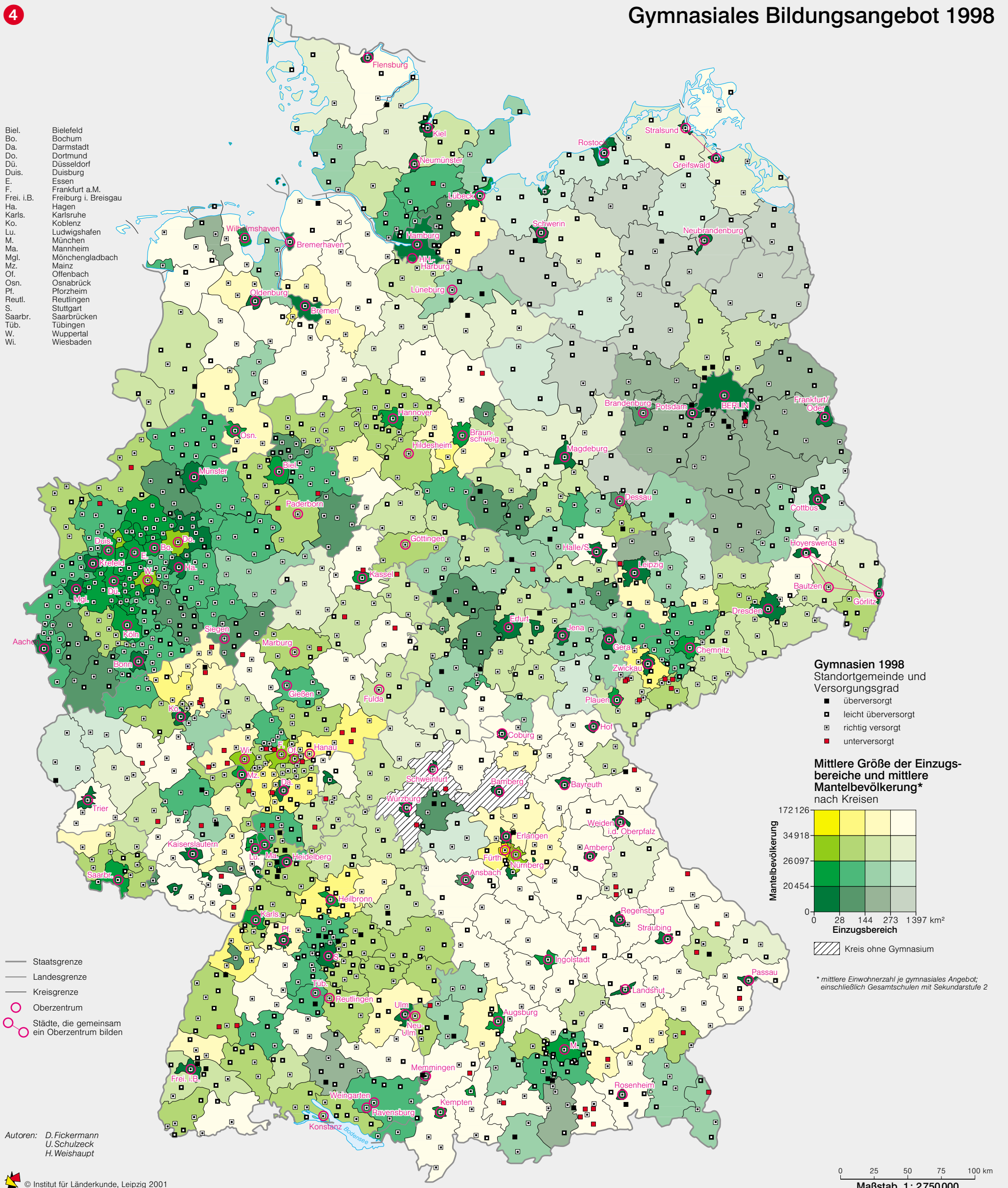
Entwicklung der Schülerzahlen

Die relative Entwicklung der Schülerzahlen nach Bildungsbereichen von 1991 bis 2015 zeigt, dass die Zahl der Primarschüler in den alten Ländern 1998 ihren Höhepunkt erreicht hat **2**. Bis zum Jahr 2015 wird sie kontinuierlich um mehr als ein Viertel sinken. Es ist davon auszugehen, dass dieser Rückgang auch Konsequenzen für die Grundschulstandorte in dünner besiedelten Gebieten haben wird. Zeitversetzt verläuft die Entwicklung der Schülerzahlen in der **Sekundarstufe I und II**. Hier liegen die Höhepunkte in den Jahren 2003 bzw. 2008. Im Jahr 2015 werden rund 10% weniger Schüler die Sekundarstufe I besuchen als 1998, während sich in der Sekundarstufe II 2015 sogar rund 5% mehr Schüler befinden werden als im Bezugsjahr 1998. ➔



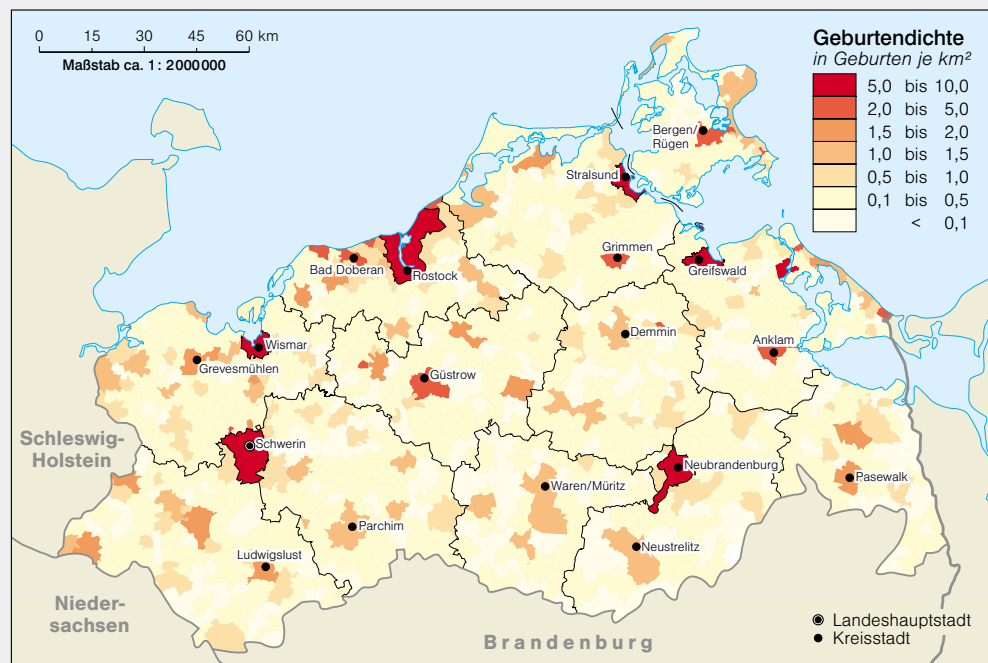
Biel.
Bo.
Da.
Do.
Dü.
Duis.
E.
F.
Frei. i.B.
Ha.
Karls.
Ko.
Lu.
M.
Ma.
Mgl.
Mz.
Of.
Osn.
Pl.
Reutl.
S.
Saabr.
Tüb.
W.
Wi.

Bielefeld
Bochum
Darmstadt
Dortmund
Düsseldorf
Duisburg
Essen
Frankfurt a.M.
Freiburg i. Breisgau
Hagen
Karlsruhe
Koblenz
Ludwigshafen
München
Mannheim
Mönchengladbach
Mainz
Offenbach
Osnabrück
Pforzheim
Reutlingen
Stuttgart
Saarbrücken
Tübingen
Wuppertal
Wiesbaden



* mittlere Einwohnerzahl je gymnasiales Angebot; einschließlich Gesamtschulen mit Sekundarstufe 2

5 Mecklenburg-Vorpommern Geburtendichte 1998



© Institut für Länderkunde, Leipzig 2001

Autoren: D. Fickermann, U. Schulzeck, H. Weishaupt

Ganz anders verläuft die Entwicklung der Schülerzahlen in den neuen Ländern. Die Geburtenzahl sank infolge der Abwanderung und der gesellschaftlichen Transformation Anfang der 1990er Jahre um rund 60% gegenüber dem Jahr 1989 (von 181.985 auf 71.1109 im Jahr 1994, jeweils ohne Ost-Berlin) und ist seitdem nur mäßig angestiegen (1999: 97.002). Die Darstellung der Entwicklung der Schülerzahlen bildet die Geburtenentwicklung zeitversetzt ab. Die Zahl der Primarschüler sinkt bis zum Jahr 2002 drastisch auf 60% des Wertes von 1998 und steigt danach wieder leicht an. In der Sekundarstufe I wird das Minimum im Jahr 2008 und in der Sekundarstufe II im Jahr 2011 erreicht werden. Der steile Anstieg der Zahl der Schüler in der Sekundarstufe II zu Beginn der neunziger Jahre spiegelt die Öffnung gymnasialer Bildungsgänge nach der Wende wider.

Jedoch wirft nicht nur der Rückgang der Schülerzahlen Probleme auf, sondern auch deren geographische Verteilung. Die Karten 5 und 6 geben einen Einblick in die kleinräumigen Problemlagen. Dargestellt ist die Geburtendichte (Geburten je km²). Da die Richtlinien zur Schulentwicklungsplanung in den meisten Ländern Mindestschülerzahlen für den Erhalt eines Schulstandortes vorsehen, kann anhand der Geburtendichte abgeschätzt werden, wie groß ein Schuleinzugsbereich durchschnittlich sein muss, damit die notwendige Schülerzahl erreicht werden

kann. Analoge Betrachtungen können beispielsweise auch für Kindergärten und andere infrastrukturelle Sozialeinrichtungen angestellt werden, für deren Betrieb eine Mindestzahl an Klienten erforderlich ist. Sind beispielsweise für den Erhalt eines Grundschulstandortes 56 Schüler erforderlich (14 pro Jahrgang), ergibt sich bei einer Geburtendichte von 0,2 eine Einzugsbereichsgröße von 70 qkm.

Das in den neuen Ländern 1991/92 in Anlehnung an westdeutsche Schulstrukturen aufgebaute Schulstandortsystem ist folglich durch den dramatischen Geburtenrückgang massiv in seinem Bestand gefährdet. Während in der Grundschule über die Einrichtung jahrgangsübergreifender Klassen die meisten Standorte bestehen bleiben könnten, werden in der Sekundarstufe I und II viele Standorte aufgegeben werden müssen, um übliche Standards der Unterrichtsqualität einhalten zu können (vgl. LANDESREGIERUNG BRANDENBURG 2000; FICKERMANN/SCHULZECK/WEISHAUPT 2000a und b). Damit verschlechtern sich die Bedingungen des Zugangs zu weiterführenden Bildungsangeboten für die Schüler erheblich (► Beitrag Fickermann/Schulzeck/Weishaupt, S.70).

Beispielsweise wurden von insgesamt 575 Grundschulen des Schuljahres 1992/93 in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2000 171 geschlossen, ebenso 49 Hauptschulen, 74 Realschulen und auch 8 Gymnasien 7, wobei der Schülerrückgang erst jetzt die wei-

Gesamtschule – Schulform, die die drei Schultypen des gegliederten Schulsystems Hauptschule, Realschule und Gymnasium in der Sekundarstufe I und II zusammenfasst. Dabei gibt es unterschiedliche Grade von Integration. Während die **additive Gesamtschule** lediglich alle drei Schultypen unter einem Dach vereinigt und damit im Wesentlichen zur Einsparung von Infrastruktur und Betriebskosten beiträgt, ermöglicht die **kooperative Gesamtschule** mehr Zusammenarbeit und Durchlässigkeit zwischen den Klassen gleicher Jahrgangsstufen. Die **integrierte Gesamtschule** bietet darüber hinaus – angelehnt an das amerikanische High-School-System – in einigen Bereichen für alle Schüler einer Jahrgangsstufe Fachkurse an, die nach Leistungsgraden besucht werden können.

Grundschule – die ersten vier Klassen umfassender Schultyp des staatlichen Bildungssystems

Hauptschule – einer der drei Schultypen des dreigliedrigen Schulsystems, auf der Grundschule aufbauend. Die Hauptschule umfasst die Klassen 5-9; bei sechsjähriger Grundschule oder Orientierungsstufe die 7.-9., teilweise auch eine 10. Klasse.

Gymnasium – allgemeine Bezeichnung für höhere Schulen, die zur Hochschulreife oder Fachhochschulreife führen. Es gibt u.a. altsprachliche, mathematisch-natur-

wissenschaftliche Gymnasien, daneben Sonderformen wie Wirtschaftsgymnasium, Musisches und Technisches Gymnasium. Das Gymnasium erstreckt sich über die Klassen 5-12 bzw. 13 (in Berlin 7-13).

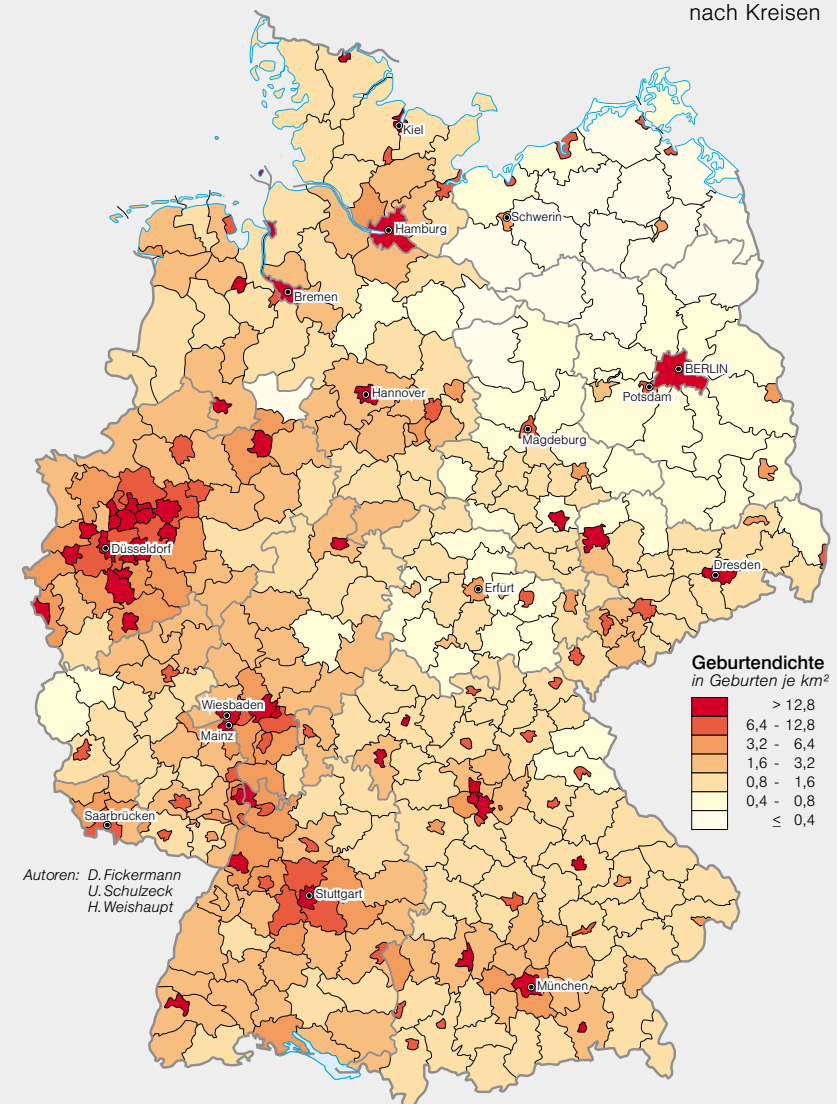
Realschule – seit 1964 werden alle Sekundarschulen, die mit der 10. Klasse abschließen, als Realschule bezeichnet. Zu Beginn der 1990er Jahre wurde die Realschule in einigen Bundesländern mit der Hauptschule zusammengelegt, dabei entstanden die Mittelschule (Sachsen), die Sekundarschule (Saarland, Sachsen-Anhalt), die Regelschule (Thüringen), die integrierte Haupt- und Realschule (Hamburg), die verbundene Haupt- und Realschule (Hessen) und die Regionalschule (Rheinland-Pfalz). Nach erfolgreichem Abschluss der Realschule ist der Besuch von Fachoberschulen, Ingenieurschulen und der Übertritt in die Aufbaustufen des Gymnasiums möglich.

Primarstufe – Klassen 1-4 des Schulsystems (Grundschule)

Sekundarstufe I – auf der Primarstufe aufbauende Schulstufe der Klassen 5-10; schließt mit dem Sekundarabschluss I (Mittlere Reife) ab

Sekundarstufe II – auf der Sekundarstufe I aufbauende Schulstufe der Klassen 11-12/13 an Gymnasien und Gesamtschulen, die nach der 12. oder 13. Klasse mit dem Abitur abschließt

6 Geburtendichte 1999 nach Kreisen



Autoren: D. Fickermann, U. Schulzeck, H. Weishaupt

© Institut für Länderkunde, Leipzig 2001

0 25 50 75 100 km
Maßstab 1: 6 000 000



terführenden Schulen erreicht und im Rahmen der laufenden Schulentwicklungsplanung für den Zeitraum 2001 bis 2006 mit weiteren Schulschließungen in erheblichem Umfang zu rechnen ist.

Zentrale Orte als Schulstandorte

Aufgabe staatlicher Planung ist u.a. die Sicherung einer infrastrukturellen Mindestversorgung in allen Landesteilen. In der Landes- oder Regionalplanung der alten Länder findet dabei seit den 1960er Jahren das normativ-instrumentelle Zentrale-Orte-Konzept Verwendung. Die neuen Länder machten aufbauend auf der Territorialplanung der DDR dieses Konzept Anfang der 1990er Jahre ebenfalls zur Grundlage ihrer Landesplanung. Die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) definierte 1968 eine vierfache hierarchische Stufung in Ober-, Mittel, Unter- und Kleinzentren. Diese sollen soziale, kulturelle und wirtschaftliche Einrichtungen besitzen, die über die eigenen Bewohner hinaus die Bevölkerung des jeweiligen Verflechtungsbereichs versorgen (vgl. BLOTEVOGEL 1995). Dabei hat jedes höhere Zentrum zugleich auch die Aufgaben der Zentralen Orte niedriger Stufe zu erfüllen. Nach den Landesentwicklungsplänen vieler Länder sind beispielsweise Oberzentren Standorte einer Universität oder einer Fachhochschule, Mittelzentren Gymnasialstandorte und Unter- und Kleinzentren Standorte einer Grundschule. Abbildung 8 zeigt das Grundschul- und das Gymnasialangebot der zentralen Orte verschiedener Zentralitätsstufen. Die Abbildung bestätigt die weitgehende Berücksichtigung der normativen Vorgaben des Zentrale-Orte-Konzeptes.

Während der Ausbau des Schulnetzes im ländlichen Raum Westdeutschlands dessen Attraktivität in der Konkurrenz

zu den Städten und verstädterten Regionen in den 1970er Jahren deutlich erhöhte, droht den ländlichen Regionen Ostdeutschlands infolge der auf Grund des Schülerrückganges absehbaren Schulschließungen ein Verlust an Attraktivität mit möglicherweise weitreichenden Folgewirkungen. Der Erhalt möglichst vieler Standorte weiterführender Schulen ist nicht nur eine wichtige bildungspolitische Aufgabe, sondern zugleich ein nicht zu unterschätzender Faktor der Regionalentwicklung. Es ist zu befürchten, dass das Fehlen der Möglichkeit, in ländlichen oder dünn besiedelten Gebieten der neuen Länder eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben zu können, zu weiteren Abwanderungen leistungs- und aufstiegsorientierter Eltern aus diesen Regionen führen wird und sich darüber hinaus ein ausgedünntes regionales Bildungsangebot als negativer Standortfaktor für die mögliche Ansiedlung von Betrieben bemerkbar machen wird. Insofern ist eine an regionalen Belangen orientierte Bildungspolitik auch ein wichtiger Beitrag zur regionalen Wirtschaftsförderung.

Schulorganisatorische Alternativen: Kleine Grundschulen

Die frühe – und insbesondere in der DDR ideologisch begründete – Durchsetzung der Zentralschulen hat sich als Fortschritt im Bewusstsein der Bevölkerung festgesetzt. Jedoch waren die erwarteten Effektivitätsvorteile keineswegs so deutlich, wie zunächst vermutet wurde. Die hohen Schülertransportkosten und die Belastung der Schüler durch weite Schulwege dämpften den ursprünglichen Optimismus sehr stark. Auch die Hoffnung auf eine Verbesserung der Chancengleichheit der Landkinder konnte nicht in dem erhofften Umfang erfüllt werden, da nicht die ungegliederte Dorfschule, sondern

das fehlende Angebot weiterführender Schulen für die niedrige Bildungsbeteiligung verantwortlich war. Bereits in den 1980er Jahren hat eine nüchterne Einschätzung der Landschulreform insbesondere Baden-Württemberg und Niedersachsen veranlasst, Schulen mit jahrgangsübergreifenden Klassen neu einzurichten und bestehende Schulen zu erhalten. Abbildung 9 zeigt für die Flächenländer den Anteil kleiner Grundschulen, d.h. den Anteil von Schulen mit weniger als 50 Schülern bzw. mit weniger als 75 Schülern in Brandenburg mit seiner sechsjährigen Grundschule an allen Grundschulen des jeweiligen Landes. Es ist darauf hinzuweisen, dass in den ausgewiesenen kleinen Grundschulen nicht notwendigerweise jahrgangsübergreifend unterrichtet wird. Wahrscheinlich ist, dass ein Teil der Schulen mit einer Sondergenehmigung die nach den Richtlinien für die Schulentwicklungsplanung vorgesehenen Mindestschülerzahlen unterschreitet und jahrgangsgegliederten Unterricht anbietet.

Sieht man auf Schulsysteme anderer europäischer Länder, ist auffällig, dass in den meisten Nachbarländern kleine Grundschulen mit jahrgangsübergreifenden Klassen von größerer Bedeutung sind als bei uns. In der Schweiz besuchen beispielsweise 20% der Grundschüler jahrgangsübergreifende Klassen. In Frankreich sind gegenwärtig 11% und in Norwegen sogar 45% der Grundschulen nicht nach Jahrgängen gegliedert. Deshalb erscheint es sinnvoll, die dort gesammelten Erfahrungen für die durch den Geburtenrückgang in den neuen Ländern wieder ausgelöste Debatte über den Erhalt kleiner Grundschulen verstärkt zu nutzen.

Zudem erlebt die kleine Grundschule wegen ihrer kulturellen und regionalwirtschaftlichen Bedeutung für die Gemeinden international wieder eine steigende Beachtung. Sie soll u.a. zur Stärkung regionaler Kulturen und zum Erhalt kultureller Vielfalt beitragen. Sie soll an den Besonderheiten der Erfahrungswelt der Kinder anknüpfen und zugleich ein Zentrum der Dorfgemeinschaft bilden und kultureller Mittelpunkt der Gemeinde sein.

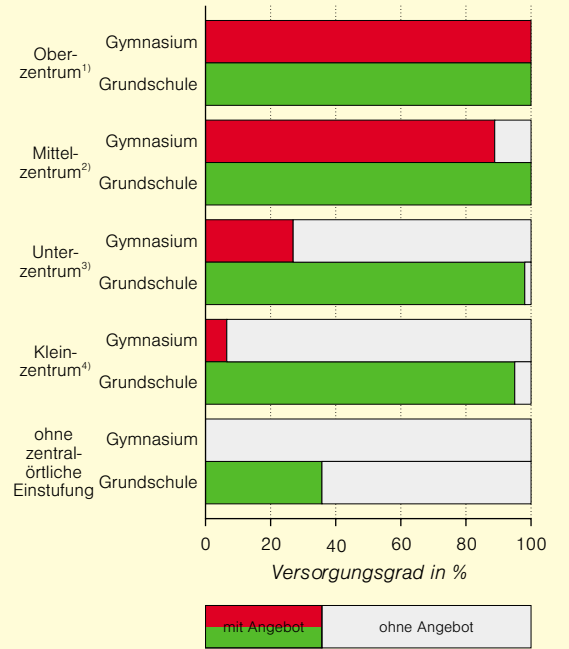
Im Übrigen bestätigten sich die gemeinhin mit jahrgangsübergreifendem Unterricht verbundenen Vorstellungen geringerer schulischer Leistung bei entsprechenden Untersuchungen in Deutschland und in anderen europäischen Ländern nicht (FICKERMANN/WEISHAUPT/ZEDLER 1998).

7 Mecklenburg-Vorpommern Entwicklung des Schulangebots 1992/93-2001/02

Schulart	Anzahl der Schulen im Schuljahr	
	1992/93	2001/02
Grundschulen*	575	404
Hauptschulen*	308	259
Realschulen*	392	318
integrierte Gesamtschulen	14	17
kooperative Gesamtschulen	4	5
Waldorfschulen	2	3
Gymnasien	94	86
Förderschulen	101	96
Summen der Schulen bzw. der Schulteile	1490	1188

* einschließlich der jeweiligen Teile von Kombinationsschulen (verbundene Haupt- und Realschule, verbundene Haupt- und Realschule mit Grundschule, Hauptschule mit Grundschule, Realschule mit Grundschule)

8 Versorgung mit Grundschulen und Gymnasien nach der zentralörtlichen Einstufung

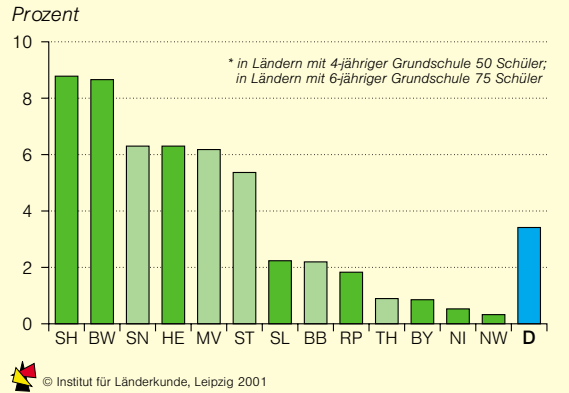


In der zentralörtlichen Einstufung sind zusammengefasst:

- 1) **Oberzentrum:** Oberzentrum und Teil eines Oberzentrums, oberzentraler Städteverbund mit Teilfunktionen eines Oberzentrums, mögliches Oberzentrum und Teil eines möglichen Oberzentrums, zum Oberzentrum auszubauen, Mittelzentrum mit Teilfunktion(en) eines Oberzentrums bzw. mit oberzentralen Teilfunktionen
- 2) **Mittelzentrum:** Mittelzentrum und Teil eines Mittelzentrums, mittelzentraler Städteverbund, Mittelzentrum im Grundnetz bzw. im Ergänzungsnetz bzw. im Verdichtungsraum, Mittelzentrum in Funktionsergänzung bzw. in gegenseitiger Funktionsergänzung, mögliches Mittelzentrum und Teil eines möglichen Mittelzentrums, Unter-/Grundzentrum mit Teilfunktion(en) eines Mittelzentrums, Stadtrandkern I. Ordnung mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums, Mittelzentrum mit Teilfunktion, teilfunktionales Mittelzentrum, mit gegenseitiger Funktionsergänzung
- 3) **Unterzentrum:** Unterzentrum und Teil eines Unterzentrums, Grundzentrum, Stadtrandkern I. Ordnung, Siedlungsschwerpunkt in großen Verdichtungsräumen, mögliches Unter-/Grundzentrum und Teil eines möglichen Unter-/Grundzentrums
- 4) **Kleinzentrum:** Kleinzentrum und Teil eines Kleinzentrums, ländlicher Zentralort, Stadtrandkern II. Ordnung

© Institut für Länderkunde, Leipzig 2001

9 Anteil kleiner Grundschulen* nach Ländern (ohne BE, HB, HH)



© Institut für Länderkunde, Leipzig 2001